



HESSISCHER LANDTAG

16. 03. 2010

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Finanzkrise der Kommunen bekämpfen - kommunale Handlungsfähigkeit sichern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zur kommunalen Selbstverwaltung und der Bedeutung öffentlicher Dienstleistungen für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und fordert daher, eine ausreichende, solide kommunale Finanzausstattung sicherzustellen.
2. Die Landesregierung soll die im Finanzplan vorgesehene Absenkung der Leistungen an die Kommunen im Kommunalen Finanzausgleich um 400 Mio. € aufheben.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Anteil des Landes Hessen an der Gewerbesteuerumlage als allgemeine Finanzausweisungen vollständig den Kommunen zur Verfügung zu stellen.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Grunderwerbssteuer in Hessen auf 4,5 v.H. anzuheben.
5. Die Landesregierung wird aufgefordert die auf Bundesebene diskutierten Vorschläge zur Abschaffung der Gewerbesteuer zurückzuweisen. Sie soll stattdessen Vorschläge zu einer Gemeindefinanzreform unterbreiten, die darauf abzielen, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzreform weiterzuentwickeln, indem auch die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer ausgeweitet und auf alle unternehmerischen Tätigkeiten angewendet wird.
6. Die Landesregierung wird aufgefordert, Vorschläge zu einer dauerhaften Verbesserung der Einnahmesituation, ferner einen Entschuldungsfonds und ein Zinsmoratorium für die Kommunen zu unterbreiten.

Begründung:

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich zu einer Finanzkrise der Kommunen entwickelt. Die Kommunen spüren die Folgen der Krise besonders stark, da ihre Einnahmen sinken, sie im Gegenzug aber kaum Möglichkeiten haben, ihre Einnahmen selbst zu bestimmen. Hinzu kommt, dass sowohl die Bundesregierung als auch die hessische Landesregierung dafür sorgen, dass die Einnahmen der Kommunen sinken. Allein durch die Steuersenkungen der Konjunkturpakete I und II verlieren die Kommunen in den Jahren 2009 und 2010 Einnahmen von über 450 Mio. €. Dies entspricht mehr als 90 v.H. der Mittel, die den Kommunen im Rahmen des Konjunkturpaketes II zur Verfügung gestellt wurden. Zudem müssen die kommunalen Haushalte in Hessen die Kürzung von 400 Mio. € Landesmitteln ab 2011 aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) und Einnahmeverluste, die sich aus der gegenwärtigen konjunkturellen Entwicklung ergeben, verkraften. Insgesamt führt dies in den nächsten Jahren dann in Hessen zu kommunalen Mindereinnahmen von über 1,5 Mrd. € jährlich. Im Gegenzug werden sich die Schulden der 21 hessischen Landkreise, nach Aussagen des hessischen Landkreistages, in den nächsten drei Jahren verdoppeln. Das wird

viele Kommunen handlungsunfähig machen, ihre Haushalte werden sie nur noch unter Auflagen und mit Sondergenehmigungen verabschieden können. Die von den Kommunen zu erwartenden Ausgabenkürzungen werden den von Bund und Land in den Konjunkturpaketen intendierten positiven Konjunkturimpuls deutlich konterkarieren und anders als diese kurzfristigen Maßnahmen von Dauer sein.

Wiesbaden, 16. März 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen